

## Sitzung des Verbandes Groß-Berlin.

### Ablehnung der Tarifierhöhung und des Ankaufes der Straßenbahn.

Die wichtigste Maßnahme, über die der Zweckverband — abgesehen vom Waldkauf — seit seinem Bestehen sich zu entschließen hat, bildete den Hauptpunkt der heutigen Vollversammlung des Verbandes Groß-Berlin, die früh um 10 Uhr im Stadtverordnetenitzungsaal des Rathauses unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth begann. Die Sache stand unter dem unscheinbaren Titel „Fragen, betreffend die Große Berliner Straßenbahn auf Grund des Antrages Alt und Genossen“ zur Verhandlung. So harmlos, wie auf der gedruckten Tagesordnung, nahm sich die mündliche Verhandlung in der heutigen Sitzung nun keineswegs aus, denn die Gegensätze plagten zeitweise heftig aufeinander und gestatteten die Aussprache sehr erregt, mit Zwischenrufen von hüben und drüben und sogar mit einem sozusagen „bedingten Ordnungsruf“, den sich Kommerzienrat Haberlandt wegen einer Zwischenbemerkung zuzog, aus welcher die Mehrheit der Versammlung den Vorwurf der Vertragsuntreue für Berlin herauslas. — Den Verhandlungen, die sich weit in den Mittag hineinzogen, wohnte Oberpräsident v. der Schulenburg bei.

Den bekanntsten „Antrag Alt“, der den Standpunkt Berlins und der mit ihm gehenden Vertreter der Nachbarorte klar zum Ausdruck bringt, wird von Oberbürgermeister Dominicus (Schöneberg) eingehend begründet: Wir müssen, so führe er u. a. aus, dem Gefühl des Bedauerns Ausdruck darüber geben, daß wir in dieser Zeit der Dessenlichkeit das unerjreuliche Schauspiel der Spaltung und Zerrissenheit der Groß-Berliner Gemeinden bieten müssen. Wenn wir denken, daß draußen im Felde unsere Volksgenossen um unser Dasein kämpfen, und wir im Innern die größten Anstrengungen der Versorgung zu machen haben, erfährt mich das Gefühl der Beschämung, daß in solcher Zeit so unerquickliche Auseinandersetzungen erfolgen müssen. Die Antragsteller lehnen die Verantwortung dafür ab; der Redner schiebt sie vielmehr allein dem Verbandsdirektor und der Mehrheit des Verbandsausschusses zu. Sel doch die ganze Sache nicht einmal von der Straßenbahn ausgegangen, sondern vom Verbandsdirektor (hört, hört!), der bei der Straßenbahn angefragt habe, ob bei der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine Tarifierhöhung nötig wäre. (Lebh. hört, hört!) In dem jetzigen Stadium der Verhandlungen habe jedenfalls der Zweckverband die Pflicht, einzugreifen, und dazu stehe ihm, entgegen allen Anzweiflungen, das formale gute Recht zur Seite.

Der Redner begründet dann den sachlichen Inhalt des Antrages. Er bittet, rundweg jede Erhöhung abzulehnen. (Lebh. Beifall.) Es liegt dazu keinerlei Veranlassung vor. Die Gesellschaft werde auch diesmal mindestens wieder 6% Dividende zahlen. Unzählige Betriebe wären froh, wenn sie das könnten. (Lebh. Zustimmung.) Ein Recht auf „Kriegsgewinn“ habe aber auch die Gr. Berl. Straßenbahn nicht. Der Einwand, daß ohne Tarifierhöhung keine Verkehrsverbesserungen durchgeführt werden könnten, sei höchst hinfällig. Auch bei 12% Dividende könne kein Meter Gleis gelegt werden, weil es an Arbeitern und Material fehle. Auch gegen jeden Staffeltarif möge man sich aussprechen.

Abg. Haberlandt ruft hier dazwischen: Berliner Vertrags-treue! Vors. Wermuth weist das als unwürdig zurück. Wenn er nicht selber beteiligt wäre, würde er Herrn Haberlandt zur Ordnung rufen! —

Berichterstatter Dominicus erklärt darauf, daß sich Vertragsrechte der Gr. B. Str.-B. auf Staffeltarif einfach nicht durchsetzen ließen, weil ihnen andere gewichtige vertragsmäßige Rechte entgegenstehen.

### Der Erwerb der Straßenbahn

sei jetzt ebenfalls nicht angebracht. Das Erwerbungs-geld sei jetzt so teuer, daß der Verband selber mit einer Tarifierhöhung kommen müßte. — Sehr schmerzlich berühre es, daß man von einem Gegenseite der Interessen Berlins und der Vororte ausgehe. Der Antrag Alt habe zwar wenigstens die Form der Äußerungen des Verbandsdirektors geändert, aber der Geist müsse auch anders werden. Der ganze Karren der Verhandlungen mit der Straßenbahn sei verfahren, und jetzt gelte es: „Kehrt, Marsch!“ Man möge nun reinen Tisch machen und die Bevollmächtigung von dem Altpolde der Tarifierhöhung befreien! (Lebhafte Zustimmung.) —

Die Gegenpartei kam sodann durch Oberbürgermeister Scholz (Charlottenburg) zu Wort, der sich scharf gegen den Antrag Alt wandte, den er, unter Zitat eines Wortes von Wilhelm Busch, als „Angstprodukt“ glaubt kennzeichnen zu dürfen.

Die Beschämung hätte sich Herr Dominicus sparen können, wenn er seinen Antrag nicht gestellt hätte. (Unruhe.) Der Antrag Alt sei die „unstrichbarste Negative“, die er je erlebt habe, und es scheine, daß solche Negative selbst in der Selbstverwaltung als etwas Erstrebenswertes gelte. (Unruhe.) Der Antrag sei auch nur eine Eintagsfliege; denn jeden Tag könnten Ereignisse eintreten, die zum Handeln zwingen. (Hört, hört!) Der gegebene Ort für die Verhandlungen sei der Verbandsauschuß (Widerpruch), denn es gelte, die Verhandlungen aus erregter öffentlicher Diskussion zurückzuführen in sachliche Beratungen. Daher beantrage er

### Verweisung der ganzen Frage in eine Kommission.

Vom Berliner Standpunkt aus sprach sodann Geh. Justizrat Cassel, der die Gründe des Antrages Alt durch seine eingehenden Ausführungen wesentlich verstärkte. Es handelt sich jetzt darum, zu betonen, daß während des Krieges weder die Zeit für Tarifierform noch für Erwerb der Straßenbahn noch für die notwendigen langwierigen Verhandlungen sei. Es verweist darauf, daß im Juli 1915 der Verbandsauschuß, und zwar auf Antrag eines Charlottenburger Mitgliedes, sich einstimmig den die Forderungen der Straßenbahngesellschaft auf Tarifierhöhung ausgesprochen und beschlossen, die Verhandlungen erst ein Jahr nach Friedensschluß aufzunehmen. Es sei gesagt worden: Die Versammlung könne vorschlagen, was sie wolle, der Verbandsauschuß tue doch, was ihm beliebt. Dagegen müsse man protestieren. Der Antrag Alt sei eine Antwort auf die Majorisierung im Ausschusse. Darum wolle man einmal zeigen, wer hier in der Versammlung die Mehrheit habe. (Aha-Rufe. Große Unruhe.)

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Frenkel-Charlottenburg unterstützt den Antrag auf Ausschußberatung in längeren Auseinandersetzungen.

Er sei in vielen Punkten mit dem Antrag Alt einverstanden, halte aber gerade mit Rücksicht auf die Wichtigkeit Kommissionsberatung für unumgänglich.

Nachdem ein anderes Charlottenburger Mitglied, Stadtd. Hirsch, für die Parteien Charlottenburgs gesprochen hat, die dem Antrag Alt zustimmen, nahm der Verbandsdirektor Dr. Steiniger das Wort, um seinen hart-angegriffenen Standpunkt zu rechtfertigen.

Nachdem Bürgermeister Dr. Reids (Berlin) dem Verbandsdirektor unter scharfer Zurückweisung von dessen Haltung geantwortet hatte, läuft beim Vorsitzenden ein Antrag auf Schluß der Erörterung ein, der mit großer Mehrheit angenommen wird.

### Die Abstimmung

geschieht zunächst über den Antrag Scholz, der die weitere Behandlung der Straßenbahnfrage nach dem Antrag Alt und der Denkschrift in einem Ausschuß fordert. Die Abstimmung geschieht namentlich. Sie ergibt Ablehnung des Antrages mit 57 Stimmen gegen 44 Stimmen!

Es folgt die ebenfalls namentliche Abstimmung über den Antrag Alt: „Die Versammlung erklärt sich gegen jede Tarifierhöhung, insbesondere auch gegen die Einführung eines Staffeltarifs bei der Großen Berliner Straßenbahn und beschließt, daß während der Dauer des Krieges Erwerbsverhandlungen mit der Großen Berliner Straßenbahn unterbleiben sollen.“ Der Antrag wird mit 56 Stimmenmehrheit angenommen, wodurch die isidige Streitfrage für absehbare Zeit begraben ist.